

Die EU und UK ähneln immer mehr der ehemaligen Sowjetunion

geschrieben von Chris Frey | 28. April 2026

Tilak Doshi

Das „Ancien Régime“ Westeuropas wird nicht mehr lange Bestand haben. Populistisch-konservative Parteien haben in den letzten Jahren auf dem gesamten Kontinent an Boden gewonnen, gerade weil die gelebte Realität der Mehrheit im Widerspruch zur Doktrin der Eliten steht. Doch solange die Wähler nicht auf eine Rückkehr zu wirtschaftlichem Sachverstand, einer rationalen Energiepolitik und nationaler Souveränität drängen, werden Westeuropa und Großbritannien ihren Kurs im Stil der Sowjetunion fortsetzen.

Nach einer Woche massiver [Proteste](#) kam Irland zum Stillstand. Landwirte, Lkw-Fahrer und Spediteure blockierten Autobahnen, Häfen und die einzige Öltraffinerie des Landes, wodurch ein Drittel der Tankstellen ohne Benzin dastand. Unmittelbarer Auslöser war ein starker Anstieg der weltweiten Kraftstoffpreise, verursacht durch die militärischen Operationen der USA und Israels gegen den Iran und die daraus resultierenden [Störungen](#) in der Straße von Hormus. Doch die tiefer liegenden [Missstände](#) waren offensichtlich. Die Demonstranten forderten nicht nur eine Obergrenze für die Kraftstoffpreise, sondern auch die Aussetzung der geplanten Erhöhungen der CO₂-Steuer – Maßnahmen, die Energie für viele Haushalte bereits zu einem Luxus gemacht hatten.

Hinter der Wut stand, wie Kommentatoren bei MCC Brüssel und anderswo [feststellten](#), die kumulierte Belastung durch eine aggressive grüne Dekarbonisierung in Verbindung mit rascher Masseneinwanderung, die beide den arbeitenden Menschen unerträgliche Kosten auferlegt haben ohne greifbare Vorteile zu bringen. Die letztendliche Reaktion der Regierung – Steuersenkungen in Höhe von 505 Millionen Euro und eine Verschiebung der CO₂-Steuererhöhung – war ein Eingeständnis, dass die Klimapolitik und die Migrationspolitik der Elite schließlich zu einer sozialen Explosion auf den Straßen geführt hatten. Doch wie ihre Amtskollegen in der EU und in UK stützt sich die irische Regierung seit langem auf eine von der Elite gesteuerte Integration, die bewusst von demokratischer Politik und echter Unterstützung durch die Bevölkerung abgeschottet ist.

Sowjetunion

Die Europäische Union und UK ähneln sowohl in ihrer institutionellen Architektur als auch in ihrer ideologischen Rigidität zunehmend der späten Sowjetunion. Eine nicht gewählte zentrale Bürokratie bestimmt die politische Agenda, während die nationalen Parlamente und das Europäische Parlament kaum mehr als demokratisches Theater bieten. Die 32.000 Beamten der Kommission, die sich rechtlicher Immunität und großzügiger

Privilegien erfreuen, fungieren als moderne Nomenklatura, die von jeglicher Rechenschaftspflicht abgeschirmt ist. Wie Finn [Andreen](#) in seiner Analyse vom Februar 2026 für das Mises Institute dokumentierte, agiert Brüssel nach dem Prinzip des „demokratischen Zentralismus“ und verlagert in aufeinanderfolgenden Krisen – Globalisierung, Covid, Ukraine, Migration – stetig Souveränität von den Mitgliedstaaten nach oben.

Eine ähnliche Einschätzung findet sich in russischen wissenschaftlichen [Kommentaren](#), in denen die EU als geopolitische Einheit beschrieben wird, die eher auf Ideologie als auf organischen nationalen Interessen beruht. Das Ergebnis ist ein Staat, der bei den klassischen liberalen Aufgaben versagt – wie etwa der Instandhaltung der Infrastruktur, der Aufrechterhaltung von Recht und Ordnung, der Preisstabilität, der Landesverteidigung und der Erleichterung des freiwilligen Handels, während er sich im Narrativmanagement und in der Unterdrückung abweichender Meinungen auszeichnet. Dies ist keine rhetorische Übertreibung. Es ist das beobachtbare Ergebnis einer zentralistischen Planung, die sich in ein progressives Gewand hüllt.

Während die UdSSR den „neuen sowjetischen Menschen“ versprach, der sich dem kollektiven Wohl verschrieben hatte, verlangt das heutige EU-Modell die Einhaltung von DEI, ESG, Critical Race Theory, „Umweltgerechtigkeit“ und eine sich ständig ausweitenden Hierarchie der Opferrollen. Der Staatsapparat ist nicht darauf ausgerichtet, messbare Ergebnisse in Bezug auf Lebensstandard oder Sicherheit zu erzielen, sondern darauf, die Unzufriedenheit der Bevölkerung einzudämmen, die einer Politik unterworfen ist, die ihr von Großstadteliten mit luxuriösen [Überzeugungen](#) und Gruppendenken aufgezwungen wird. In einer letzte Woche ausgestrahlten wütenden Tirade warf eine Anruferin namens „Georgina“ in der britischen [Sendung](#) „Talk TV“ Sir Keir Starmer vor, „die nationale Identität zugunsten einer globalistischen Agenda auszulöschen“. Für viele Zuhörer gelten ihre pointierten Kritikpunkte am britischen Premierminister gleichermaßen für Personen wie die Präsidentin der Europäischen Kommission Ursula von der Leyen sowie für die Führer der irischen Koalitionsregierung aus Fianna Fáil und Fine Gael.

Institutionelle Anklänge an die sowjetische Vergangenheit

Die strukturellen Parallelen sind eindeutig. In der UdSSR trafen das handverlesene Politbüro und das Zentralkomitee die tatsächlichen Entscheidungen; der Oberste Sowjet gab ihnen lediglich den Segen. In der EU diktiert die nicht gewählte Kommission die Handels-, Energie-, Industrie- und Umweltpolitik, während die Mitgliedstaaten nur noch die Illusion von Souveränität bewahren. Selbst das Großbritannien nach dem Brexit weist diese Symptome auf. Der Sieg der Labour-Partei im Jahr 2024, der mit 33,7 % der Stimmen (und nur 20 % der Wählerschaft) errungen wurde, reflektierte nicht allgemeine Begeisterung, sondern Abscheu gegenüber 14 Jahren konservativer Annäherung an den gleichen kosmopolitischen, progressiven Konsens. Die Leistung des Staates bei

seinen Kernaufgaben verschlechtert sich weiter.

Klassische Liberale seit Adam Smith nannten als legitime Aufgaben des Staates die Gewährleistung der äußeren Verteidigung, die Sicherung von Eigentumsrechten, die Durchsetzung von Verträgen, die Bereitstellung öffentlicher Güter wie Straßen und Brücken, die Aufrechterhaltung von Recht und Ordnung sowie eine stabile Währung. In ganz Westeuropa werden diese Grundlagen vernachlässigt, während Ressourcen in die Durchsetzung von Narrativen und regulatorische Übergriffe fließen.

Großbritannien liefert ein eindrucksvolles Beispiel für eine Lohnkompression, die sogar das Niveau der Sowjetzeit [übertrifft](#). Der Mindestlohn liegt derzeit bei etwa 66 % des Durchschnittsverdienstes – höher als der sowjetische Höchststand von rund 60 %. Nach Abzug von Steuern, Sozialabgaben und öffentlichen Dienstleistungen schrumpft das Verhältnis des Nettoeinkommens zwischen einem Verdienender von 100.000 £ (oberste 5 %) und einem Vollzeitbeschäftigten zum Mindestlohn auf etwa 3:1. Während der Sowjetzeit fiel das entsprechende Verhältnis nie unter 5:1 und schwankte in der Regel zwischen 3,2 und 4,4. Das ist kein Erfolg der Gleichheit; es ist die Stagnation, die durch hohe Grenzsteuersätze, Sozialleistungsfallen und regulatorische Mobilitätsbarrieren verursacht wird.

Ideologische Reinkarnation: Von Rot zu Regenbogen

Die Ideologie hat zwar ihr Äußeres verändert, nicht aber ihren Charakter. Der sowjetische Kommunismus erzwang Konformität durch Klassenkampf; das heutige progressive Credo erzwingt sie durch Identität, Gleichberechtigung und Klimakatastrophen-Eschatologie. Oppositionsparteien, die als „rechtsextrem“ gebrandmarkt werden – Deutschlands AfD, Frankreichs Rassemblement National, Großbritanniens Restore Britain – sehen sich unerbittlicher Feindseligkeit seitens der Medien, behördlicher Schikane und richterlichem Aktivismus ausgesetzt.

In Großbritannien ist eine [zweigleisige](#) Politik zur Routine geworden: Online-Kommentare zur Masseneinwanderung ziehen oft schneller die Aufmerksamkeit der Behörden auf sich als Ladendiebstahl, Grooming-Banden oder islamistische Radikalisierung in örtlichen Moscheen. In einem mittlerweile viral gegangenen [Interviewausschnitt](#) stellte Konstantin Kisin, der in Russland geborene Co-Moderator des Podcasts „Triggernometry“, seinem Gastgeber eine Frage, die nach wie vor nachhallt: „In Russland wurden im letzten Jahr 400 Menschen wegen Äußerungen in den sozialen Medien verhaftet. Wie viele wurden Ihrer Meinung nach in Großbritannien verhaftet?“ Die Antwort – 3.300 – sorgte für Aufschreie. Jahre später hat sich die Kluft nur noch vergrößert. Allein im Jahr 2023 verzeichnete die britische Polizei 12.183 Festnahmen wegen „anstößiger“ Online-Äußerungen. Ein Land, das einst der Welt Lektionen in Sachen Freiheit erteilte, überwacht nun die Meinungsäußerung mit einem Eifer, der die alten sowjetischen Zensoren beeindruckt hätte.

In der EU drohen Andersdenkenden außergerichtliche finanzielle Sanktionen, ohne dass vor Gericht Anklage erhoben wird. Jacques [Baud](#), ein ehemaliger Schweizer Oberst und Geheimdienstanalyst mit Spezialisierung auf Militär- und Terrorismusfragen, sah sich im Dezember 2025 mit einer Einfrierung seiner Vermögenswerte in der EU konfrontiert, weil er strategische Analysen veröffentlicht hatte, die der westlichen Politik gegenüber der Ukraine kritisch gegenüberstanden; eine Ausnahmegenehmigung aus humanitären Gründen wurde erst nach einem öffentlichen Aufschrei gewährt.

Gruppendenken

Das Gruppendenken zeigt sich besonders deutlich in der fanatischen antirussischen Haltung, die mittlerweile ein Kernelement der Selbstidentität Westeuropas und der NATO bildet – mit der bedeutenden Ausnahme von Präsident Trumps Amerika. Russland wird als von Natur aus revisionistische Macht dargestellt, die darauf aus ist, auf Paris und Berlin zu marschieren, was jede Form von Verhandlungen für moralisierende europäische Diplomaten ethisch unzulässig macht. Während China als langfristiger systemischer Rivale identifiziert wird, bleibt die unmittelbare Obsession die Notwendigkeit, Russland in kleinere Kleinstaaten zu zersplittern – ein Thema, das von hochrangigen EU-Vertretern wie [Kaja Kallas](#) wiederholt angemahnt worden ist.

Diese unaufhörliche Kriegstreiberei hat sich nahtlos in die allgemeine progressive Ideologie eingefügt. Christliche Tugenden – Familie, Nation, traditionelle Moral – werden routinemäßig als frauenfeindlich oder ethno-nationalistisch abgetan. Bezeichnend dafür ist die langjährige Kampagne der EU gegen das Ungarn von Viktor Orbán, das sich gegen offene Grenzen und die LGBTQ-Agenda in Schulen gewehrt hat. Nach dem anfänglichen Jubel in Brüssel über die jüngste Wahlniederlage von Ministerpräsident Orbán setzte bei den EU-Bürokraten eine nüchternere Erkenntnis ein, als der siegreiche Kandidat Péter Magyar (Tisza-Partei) nur wenige Tage später [klarstellte](#): „Ungarn wird keinen [Einwanderungs-]Pakt akzeptieren. Tatsächlich werde ich den Grenzzaun noch weiter verstärken.“

Eine globalistische Regierungsführung, die nationale Grenzen außer Kraft setzt, das jüdisch-christliche Erbe des Westens herabwürdigt, fossile Brennstoffe verteufelt und erneuerbare Energien als moralische Imperative hochhält, ist zur neuen Orthodoxie geworden. Europas herrschende Eliten verkörpern einen Regierungsstil, der emotionale Signale mit kompetenter Staatskunst [verwechselt](#).

Der Sicherheitsstaat und die Unterdrückung abweichender Meinungen

Die Durchsetzung erfordert institutionelle Macht. Die NATO-Mitgliedstaaten unterliegen geheimen „Verpflichtungen“ oder Resilienz-Zielen, die innenpolitische Entscheidungen außer Kraft setzen können.

Ein niederländischer Gesundheitsminister führte diese Verpflichtungen öffentlich als **Grund** dafür an, dass bestimmte Maßnahmen zur Pandemievorsorge nicht umgesetzt werden konnten. Strategische Kommunikationsinitiativen im Europäischen Parlament werden nicht von der Kommunikationsdirektion, sondern vom Sicherheitskommissar geleitet – ein Beleg dafür, dass Verteidigungs- und Geheimdienstapparate mittlerweile über der Politik stehen. Migration, Energiepolitik, öffentliche Gesundheit und die Haltung gegenüber Russland werden alle in erster Linie als Sicherheitsbedrohungen dargestellt. Andersdenken wird als kognitive Kriegsführung umgedeutet; der Zugang zu alternativen Medien gilt als Anscheinsbeweis für ausländische Einflussnahme. Der Westen, der einst ohne Furcht sowjetische Zeitungen importierte, behandelt russische Medien heute als Vehikel der Gedankenkontrolle und verbietet beispielsweise RT [der russische Auslands-Fernsehsender in englischer Sprache „Russia Today“. A. d. Übers.]

Energie-Rationierung: der grüne Weg in den Niedergang nach sowjetischem Vorbild

Während die politischen Eliten in der EU, Kanada und Australien die Sperrung der Straße von Hormus als Ursache der Energiekrise anprangern, ist dies lediglich der Funke. Der Treibstoff für die Feuersbrunst im Westen (mit der bedeutenden Ausnahme der USA unter Präsident Trump) hat sich seit mindestens zwei Jahrzehnten angehäuft, wenn nicht sogar schon länger.

Auf IPCC-Klimamodellen basierende **Netto-Null-Ziele**, die auf vorab festgelegte Ergebnisse „abgestimmt“ sind, fungieren de facto als Rationierungsprozess. Haushalte und Industrie werden durch Steuern, Vorschriften und Preissignale zu einem reduzierten Verbrauch gedrängt. Die Sanktionen gegen Russland im Jahr 2022 führten zu klassischen **Bumerang-Effekten**: Die EU und Großbritannien, die bewusst die Förderung in der Nordsee, Fracking, die Stromerzeugung aus Kohle und die Kernkraftkapazitäten eingeschränkt hatten, fanden sich als Preisnehmer auf den globalen LNG-Märkten wieder, während die Vereinigten Staaten Rekordmengen exportierten. Die heimische Energiefülle wurde auf dem Altar der Emissionsbilanzen geopfert; das Ergebnis waren höhere Preise, die Verlagerung von Industrie ins Ausland und geopolitische **Bedeutungslosigkeit**.

Ein britischer **Ökonom** hat kürzlich ausgesprochen, was sonst nur hinter vorgehaltener Hand gemunkelt wird: Hohe Energiepreise seien „gut für das Klima“, dämpfen sie doch die Nachfrage. Unter Berufung auf Untersuchungen, wonach ein Anstieg der Benzinpreise in Großbritannien um 10 % den Verbrauch um bis zu 5 % senken kann, befürwortet die Analyse faktisch die Rationierung durch Preise als Instrument der Umweltpolitik. Die Energiekosten bestehen bereits zu 40–50 % aus Steuern, doch eine Senkung dieser Steuern zur Entlastung von Haushalten und Unternehmen wird als undurchführbar abgetan.

Die verspäteten Eingeständnisse sowohl von Bundeskanzler Friedrich [Merz](#) als auch von Ursula von der [Leyen](#), dass der vorzeitige Atomausstieg ein „strategischer Fehler“ gewesen sei, haben zu keiner Kehrtwende in der Energiepolitik geführt. Die grüne Ideologie mit der Kommission als ihrer Priesterschaft bleibt weiterhin vorherrschend. Das wirtschaftliche [Urteil](#) ist eindeutig. Vom vierten Quartal 2019 bis zum gleichen Zeitraum im Jahr 2025 stieg das BIP der USA um 14,6 %, während das Deutschlands nur um 0,5 % zunahm – die schwächste Leistung innerhalb der G7. Das BIP von UK wuchs im gleichen Zeitraum um 5,3 %; die Eurozone erreichte 6,7 %. Die Prognosen des IWF und der OECD für 2026 gehen von einem Wachstum in den USA von fast 2 % aus, während die EU und UK bei unter 1,5 % bzw. 1 % stagnieren.

Moralisierung

Europa hat sich auf den globalen Energiemärkten in eine unterwürfige Rolle gedrängt und ist nun von Lieferanten abhängig, die es einst moralisch unter Druck setzen wollte. Russland seinerseits hat sich angepasst. Die Sanktionen haben die russische Wirtschaft eher gestärkt als geschwächt; nationaler Stolz hat die frühere Begeisterung für westliche Vorbilder abgelöst. Nach der Einstellung des Tankerverkehrs durch die Straße von Hormus wurden die Sanktionen gegen russische Ölexporte aufgehoben, und die Ölpreise sind hoch – beides kommt der russischen Wirtschaft zugute.

Die Russen [betrachten](#) eine anhaltende Abgrenzung vom im Niedergang begriffenen Westen mittlerweile allgemein als sinnvolle Absicherung. Putins Russland bleibt im Grunde eine Status-quo-Macht – die sich nach den wiederholten Misserfolgen des Minsk-Prozesses und der Osterweiterung der NATO um den Schutz der ethnischen Russen im nahen Ausland sorgt –, doch Europas ideologischer Kreuzzug hat die Brücken für eine ganze Generation abgebrochen.

Das Ancien Régime Westeuropas wird nicht mehr lange Bestand haben. Populistisch-konservative Parteien haben in den letzten Jahren auf dem gesamten Kontinent an Boden [gewonnen](#), gerade weil die gelebte Realität der Mehrheit der Doktrin der Elite widerspricht. Doch solange die Wähler keine Rückkehr zu wirtschaftlichem Sachverstand, einer rationalen Energiepolitik und nationaler Souveränität erzwingen, werden Westeuropa und Großbritannien ihren Kurs im sowjetischen Stil fortsetzen: zentrale Planung ohne Gulag, Energie-Rationierung ohne Brotschlangen und Kontrolle der öffentlichen Meinung, ohne dass „neun Gramm Blei im Hinterkopf“ in den Kellern von Stalins Lubjanka nötig sind.

This article was first published in the [Daily Sceptic](#) on 21 April 2026

Dr Tilak K. Doshi

Dr Tilak K. Doshi is the Daily Sceptic's Energy Editor. He is an economist, a member of the C02 Coalition and a former contributor to

Forbes. Follow him on Substack and X.

Link:

<https://clintel.org/the-european-union-and-the-uk-increasingly-resemble-the-late-soviet-union/>

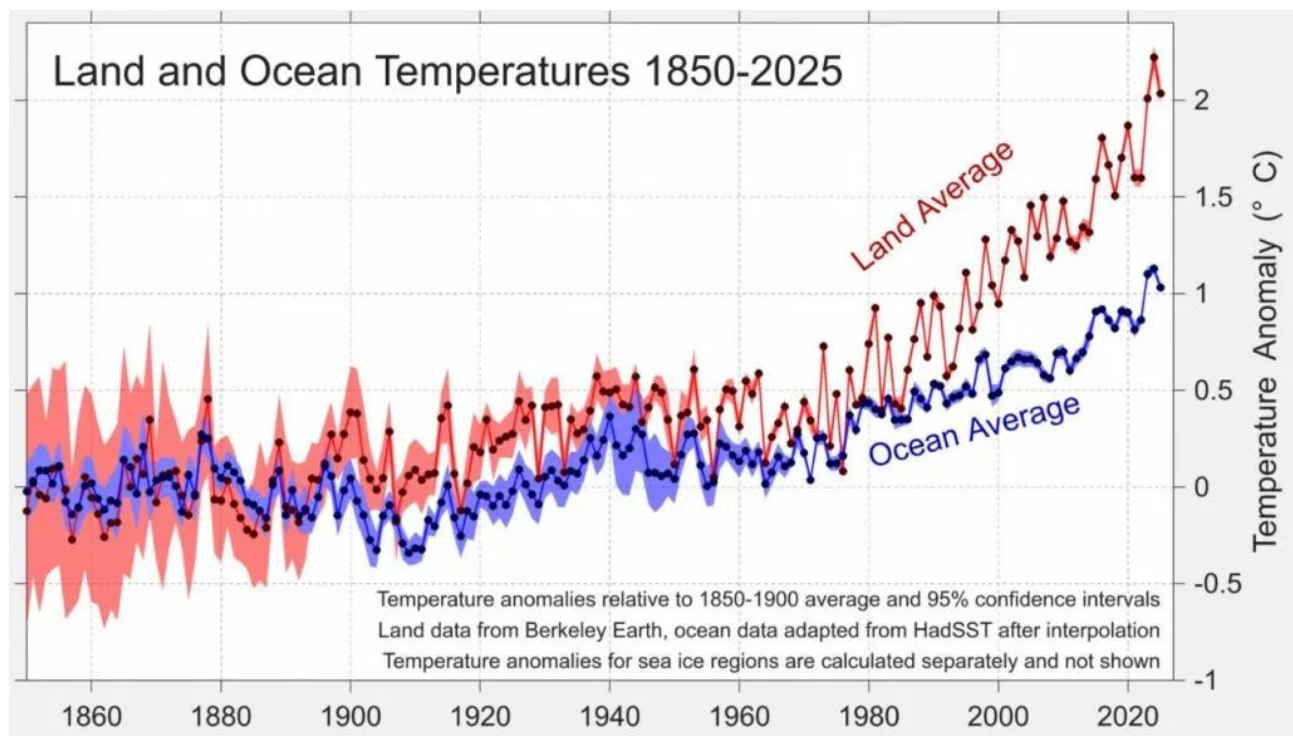
Übersetzt von Christian Freuer für das EIKE

Warum sich Änderungen der Temperatur über dem Festland von denen über den Ozeanen unterscheiden

geschrieben von Chris Frey | 28. April 2026

Cap Allon

Seit 1970 weisen Thermometer auf dem Festland eine Erwärmung auf, die etwa doppelt so hoch ist wie die über den Ozeanen:



Ferdinand Meeus, Chemiker und vom IPCC gelisteter Gutachter argumentiert, dass diese Diskrepanz weitgehend künstlich sei.

„Seit 1970 ist die anhand von Thermometern an Land gemessene Erwärmung

doppelt so hoch wie auf See ... was damit zu tun hat, dass es rund um die Messstationen an Land immer mehr Asphalt und Beton gibt.“

Er fügt hinzu:

„Thermometer in städtischen Gebieten zeigen um 5 °C höhere Werte an ... Satellitenmessungen belegen eindeutig: Der Urbanisierungseffekt führt zu um 3–5 °C höheren Temperaturwerten.“

Bebaute Flächen absorbieren und speichern Wärme. Die Vegetation wird abgeholzt. Die Luftzirkulation wird gestört. Die lokalen Temperaturen steigen, insbesondere nachts. Die Frage ist nicht, ob dies geschieht, sondern in welchem Umfang es in die globalen Aufzeichnungen einfließt.

Die Differenz zwischen Land und Meer tritt nach 1970 auf und verstärkt sich. Die physikalischen Gesetze haben sich zu diesem Zeitpunkt nicht geändert. Und der CO₂-Gehalt war schon lange zuvor stetig gestiegen. Was sich geändert hat, waren die Messbedingungen an Land. Die Umgebung der Messstationen hat sich vergrößert. Flughäfen sind gewachsen. Stadtgebiete haben sich ausgebreitet. Viele seit langem bestehende Messstationen befinden sich zunehmend in veränderten Umgebungen.

Moderne Datensätze leisten hier nur unzureichende Korrekturen. Oftmals ergeben angepasste Datensätze sogar höhere Werte. Zum einen gibt es nur wenige wirklich unveränderte ländliche Messstationen.

Zum anderen wird der UHI-Effekt in Städten in ganzen Grad gemessen. Globale Trends werden in Zehntel pro Jahrzehnt gemessen. Selbst eine kleine verbleibende Verzerrung reicht aus, um den Landesdurchschnitt anzuheben.

Link:

https://electroverse.substack.com/p/late-april-snow-in-china-why-land?utm_campaign=email-post&r=32010n&utm_source=substack&utm_medium=email
(Zahlschranke)

Übersetzt von Christian Freuer für das EIKE

Das Ende der Gefährdungsfeststellung der EPA ist von größerer Tragweite

als der Krieg gegen den Iran

geschrieben von Chris Frey | 28. April 2026

[William Murray](#)

„Wir sind wie Zwerge auf den Schultern von Riesen.“ – Bernhard von Chartres

Im Februar ereigneten sich zwei Dinge, welche die Welt verändern dürften. Das erste ist der Iran-Krieg.

Das zweite ist ein Ereignis, das so obskur ist, dass die meisten Amerikaner nicht einmal wissen, dass es stattgefunden hat – die Aufhebung der „Endangerment Finding“ von 2009 durch die Umweltschutzbehörde (EPA) der Trump-Regierung am 12. Februar. Diese Entscheidung versetzt allen wichtigen US-Klimavorschriften, die unter den Regierungen Obama und Biden erlassen worden waren, einen schweren Schlag. Sie war die rechtliche Grundlage für den Green New Deal.

Von den beiden Ereignissen hat das Ende des „Endangerment Finding“ die größeren Konsequenzen, doch die gängige Meinung des 21. Jahrhunderts – kuratiert und kontrolliert durch die sozialen Medien, das unklügste Medium, das je erfunden worden ist – macht es schwer, dieses Argument nachzuvollziehen. Aber hier ist es.

Der Iran-Krieg verursacht direkte Kosten in Höhe von etwa 1 bis 2 Milliarden Dollar pro Tag und ein Vielfaches davon an indirekten Kosten durch höhere Energiepreise in weiten Teilen Europas und Asiens, wenn auch in geringerem Maße in den Vereinigten Staaten, die zunehmend energieunabhängig sind.

Der „Endangerment“-Beschluss von 2009 ist übrigens eine jener Umgehungslösungen des „Regulierungsstaates“, die zum Tragen kommen, wenn der Kongress kein Gesetz verabschiedet oder der Oberste Gerichtshof eine schwierige Entscheidung nicht trifft. Diese Verwaltungsentscheidung bildet die Grundlage für die GESAMTE moderne Klimaregulierung und die globale Klimadiplomatie. Ihre Aufhebung veranlasst die Trump-Regierung dazu, unter anderem mit Einsparungen in Höhe von 1,3 Billionen Dollar für die amerikanischen Bürger in den nächsten zehn Jahren durch günstigere Autos zu prahlen.

Das hat viele der richtigen Leute unglücklich gemacht.

In einem [Interview](#) mit der „New York Times“ erklärte Jody Freeman, Leiterin des Programms für Umwelt- und Energierecht an der Harvard Law School, die zufällig die „Endangerment Finding“-Erklärung für die Obama-Regierung entworfen hatte, die Trump-Regierung wolle „nicht nur das tun, was andere republikanische Regierungen getan haben, nämlich Vorschriften zu schwächen. Sie wollen die US-Bundesregierung ganz aus dem Bereich der

Regulierung heraushalten, Punkt.“

Als jemand, der während der ersten Trump-Regierung bei der EPA gearbeitet hatte, kann ich sagen: Freeman irrt sich. Die Republikaner haben nichts gegen Umweltvorschriften, die auf sinnvollen Anreizen beruhen und keine Branchen benachteiligen, die ohne eigenes Verschulden politisch in Ungnade gefallen sind.

Doch jede Regulierung hat menschliche Kosten, die im Grunde genommen nicht beziffert werden können – und das ist etwas, was Freeman und die Linke niemals anerkennen. Bundesvorschriften selbst wurden von der Regierung eingeführt, um das Leben der Menschen zu verbessern – man denke nur an das Gesetz über sicheres Trinkwasser, das Luftreinhaltungsgesetz oder das Gesetz über faire Arbeitsnormen von 1938, das der Kinderarbeit ein Ende setzte.

Das Problem ist, dass entgangene zukünftige Möglichkeiten, die Ökonomen als Opportunitätskosten bezeichnen, kaum quantifizierbar und begrenzt sind, wodurch Innovation und Erfindungsreichtum auf fast unvorstellbare Weise gehemmt werden.

Betrachten wir das folgende kontrafaktische Szenario:

Hätte der Oberste Gerichtshof der USA Ende der 1990er Jahre strengere Datenschutzgesetze erlassen, wäre das Teilen von Bildern von Fremden ohne deren Zustimmung illegal gewesen. Dies hätte die frühen Hersteller von Kamerahandys, Sharp und Sanyo, davon abgehalten, Anfang der 2000er Jahre Kameras in die ersten Smartphones zu integrieren, und hätte Apples Entscheidung, das iPhone zu entwickeln, verzögert oder sogar untergraben.

Weniger als 25 Jahre nach der Markteinführung des ersten US-Kamerahandys übersteigt der Gesamtwert mobiler Technologien und Dienste weltweit 7 Billionen US-Dollar, was mehr als 6 % des globalen BIP entspricht. Ein Großteil dieses neu geschaffenen Vermögens in Höhe von Billionen Dollar manifestiert sich im Aktienkurs der Silicon-Valley-Unternehmen, in den Altersvorsorgeguthaben von fast 100 Millionen Amerikanern und in der US-Wirtschaft insgesamt.

Die „Endangerment Finding“ schuf eine innerstaatliche Rechtsgrundlage, um Kohlendioxid im Rahmen des „Clean Air Act“ als Schadstoff einzustufen. Diese Rechtsgrundlage ermöglichte es wiederum den Regierungen der US-Demokraten, die USA an das Pariser Abkommen und das umfassendere UN-Klimaregime zu binden, zu dessen Annahme der US-Senat 1992 durch die Verabschiedung der Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen (UNFCCC) verleitet worden war.

Es ist durchaus möglich, dass das unter der Schirmherrschaft der UN geschaffene globale Klimaregime eine ähnliche Wirkung auf energieintensive Industrien hatte wie ein strenges Datenschutzgesetz auf Smartphones, die für Milliarden von Menschen zum Einstieg in die

digitale Wirtschaft wurden.

Und nun geht es zu Ende.

Mit der Aufhebung der „Endangerment Finding“ hebt man nicht nur eine Verordnung auf, sondern beseitigt das gesamte Regulierungsgefüge, das den Vereinigten Staaten jedes Jahr Opportunitätskosten in Höhe von Billionen Dollar und explizite Kosten in Milliardenhöhe auferlegt hat.

So kostspielig ein kurzer Konflikt mit dem Iran auch sein mag, er ist bei weitem nicht so teuer wie die nicht bezifferbaren Opportunitätskosten der letzten 30 Jahre unter dem UN-Klimaregime.

Sobald die USA im Inland nicht mehr rechtlich gebunden sind, können sie sauber aus dem internationalen Rahmenwerk aussteigen. Und wenn Amerika geht, fallen die Dominosteine nacheinander. Russland, China, Indien und Saudi-Arabien – von denen ohnehin keiner jemals an die Rhetorik „der Planet stirbt“ geglaubt hat – werden diesem Beispiel folgen.

Sie haben das Klimaabkommen nie als etwas anderes angesehen als einen Prozess zur Umverteilung von Wohlstand aus dem Westen, und nun ist das Spiel für die amerikanische Linke und das europäische Establishment aus.

Anstelle dieser transhumanistischen Dystopie haben wir die Möglichkeit, eine bedeutende Schwerindustrie in die USA zurückzuholen und über eine Million gut bezahlte Arbeitsplätze im Handwerk zu schaffen, während wir gleichzeitig strenge Umweltgesetze beibehalten.

Tatsächlich könnte der Kongress den Befürchtungen hinsichtlich eines Rückschritts im Umweltschutz leicht entgegenwirken, wenn er das Gesetz zur Sicherheit erschwinglicher, zuverlässiger und sauberer Energie (ARC-ES) verabschieden würde, das Ende letzten Jahres von dem Abgeordneten Troy Balderson (R-OH) im Kongress [eingebracht](#) worden war.

Der ARC-ES-Gesetzentwurf würde klare Definitionen von Schlüsselbegriffen wie „bezahlbar“, „zuverlässig“ und „sauber“ gesetzlich verankern und so sicherstellen, dass Investitionsrisiken ausschließlich auf kosteneffiziente Infrastrukturprojekte beschränkt bleiben.

Der Gesetzentwurf würde dazu beitragen, dass Amerikas bezahlbarste, zuverlässigste und umweltfreundlichste Energiequellen, darunter Kernenergie und Erdgas, weiterhin Teil des Energiemix' bleiben – eine entscheidende Voraussetzung für amerikanische Haushalte und Unternehmen.

Die Tatsache, dass weder der ARC-ES noch die Kehrtwende beim „Endangerment Finding“ in den Nachrichten zu finden sind, sagt alles über den aktuellen Zustand des globalen Journalismus' aus.

Das soll kein Vorwurf an die Berichterstattung über den Iran sein, die zwar fesselnd, aber völlig durcheinander ist. Es zeigt lediglich, wie schwach die Anreize sind, die Öffentlichkeit im 21. Jahrhundert über das

zu informieren, was in ihrem Leben wirklich zählt – und dass sich diese Situation weiter verschlechtert. Vielleicht erfindet eines Tages jemand ein besseres Medium für Informationen.

William Murray is a former speechwriter for the Environmental Protection Agency (EPA), the past editor of RealClearEnergy from 2015 to 2017, and currently the chief speechwriter for the Commodity Futures Trading Commission (CFTC).

This article was originally published by RealClearEnergy and made available via RealClearWire.

Link:

<https://wattsupwiththat.com/2026/04/21/the-end-of-epas-endangerment-finding-is-a-bigger-deal-than-the-iran-war/>

Übersetzt von Christian Freuer für das EIKE

Kurzmeldungen aus Klima und Energie – Ausgabe 12 /2026

geschrieben von Chris Frey | 28. April 2026

Meldung vom 15. April 2026:

Gletscher-Rückzug in der Antarktis ist nicht linear

Eine neue [Studie](#), die den Gletscherschwund in Marian Cove auf King-George-Insel nahe der Nordspitze der Antarktischen Halbinsel untersucht, zeigt keine konsistente Reaktion auf steigende CO₂-Werte.

Anhand von Daten aus den Jahren 1956 bis 2022 stellten die Forscher fest, dass der Gletscher in Zyklen vorrückte, zum Stillstand kam und sich zurückzog. Die Geschwindigkeiten reichten von einem leichten Vorrücken bis zu 178 m pro Jahr. Das Muster ist eindeutig nicht-linear.

Der zeitliche Verlauf folgt den Schwankungen des südlichen ringförmigen Modus und der Meerestemperaturen, nicht einer gleichmäßigen externen Antriebskraft. Der Rückzug beschleunigte sich in wärmeren Phasen und verlangsamte sich in kühleren, wobei eine deutliche Verlangsamung von den 2000er Jahren bis Mitte der 2010er Jahre zu verzeichnen war.

Lokale Einflussfaktoren dominieren.

Der Gletscher blieb jahrzehntelang stabil, solange er auf einer flachen Schwelle auflag. Sobald diese Stütze wegfiel, beschleunigte sich der Rückgang. In den tieferen Bereichen des Fjords schritt der Rückgang schneller voran, da diese stärker dem Wasser ausgesetzt waren.

Die Studie kommt zu dem Schluss, dass das Gletscherverhalten hier durch das Zusammenspiel von Ozean, Atmosphäre und der Geometrie des Fjords bestimmt wird. Marian Cove ist ein kleines, lokal begrenztes System auf der Antarktischen Halbinsel. Es ist nicht der gesamte Kontinent.

Auf kontinentaler Ebene ist das Bild gemischt. Viele Studien berichten von einem Netto-Eiszuwachs, der zum Teil auf vermehrte Schneefälle über der Ostantarktis zurückzuführen ist, während andere auf Verluste hinweisen, die sich auf die Westantarktis konzentrieren.

Was nicht zu beobachten ist, ist eine einfache, einheitliche Reaktion. Die Gletscherveränderungen in der Antarktis sind ungleichmäßig, regional begrenzt und werden von interagierenden Systemen bestimmt – nicht von einer geraden Linie, die an CO₂ gekoppelt ist.

Link:

https://electroverse.substack.com/p/cold-front-to-slam-eastern-us-antarctic?utm_campaign=email-post&r=320l0n&utm_source=substack&utm_medium=email

Eine Meldung vom 17. April 2026:

China verbreitet Energie in alle Richtungen

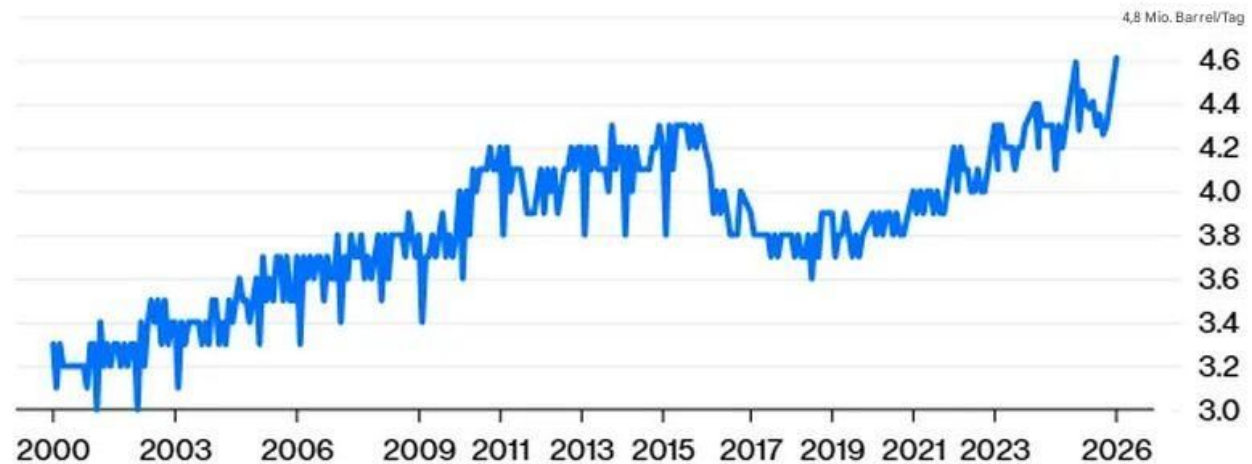
China dekarbonisiert sein Energiesystem nicht. Es baut es vielmehr aus.

Die Ölförderung hat gerade einen Rekordwert von über 4,6 Millionen Barrel pro Tag erreicht und setzt damit den stetigen Anstieg fort, der nach Pekings Bemühungen zur Steigerung der heimischen Versorgung in den Jahren 2019–2020 eingesetzt hatte.

Die Fördermenge befindet sich nun auf einem Allzeithoch und versorgt einen durch Störungen im Persischen Golf unter Druck stehenden Markt mit zusätzlichen Barrel.

Chinas Ölproduktionsboom

Die chinesische Ölproduktion ist auf ein Allzeithoch gestiegen, nachdem staatliche Energiegiganten 2019-2020 ihre eigene "Bohren, Baby, bohren"-Kampagne gestartet hatten.



Quelle: Berechnungen von Bloomberg Opinion auf Basis von Daten des Nationalen Statistikamtes Chinas

Bloomberg Opinion

Bei der Kohle sieht es ähnlich aus.

Die Stromerzeugung aus thermischen Kraftwerken stieg im März 2026 im Vergleich zum Vorjahr um 4,4 % und erreichte damit den höchsten jemals im März verzeichneten Wert.

Peking setzt verstärkt auf Kohle und baut seinen Sektor für die Umwandlung von Kohle in Chemikalien aus – dabei werden heimische Ressourcen in Brennstoffe und industrielle Vorprodukte umgewandelt. Dies schützt die Wirtschaft vor externen Schocks und verringert, wo möglich, die Abhängigkeit von Importen.

Dies ist eine bewusste Entscheidung.

China baut seine gesamte Energiebasis aus: Kohle, Öl, Wasserkraft, Kernkraft und sogar erneuerbare Energien. Anstatt sich für eine Option zu entscheiden, setzt das Land auf alle.

China weiß, dass billige, zuverlässige und reichlich vorhandene Energie die Grundlage für Industrieproduktion, militärische Stärke und Wirtschaftswachstum bildet. Engpässe sind ein Nachteil. Überschüsse sind ein Vorteil.

Während andere ihre Systeme einschränken, erweitert China seine eigenen.

Link:

https://electroverse.substack.com/p/kashmir-snow-shuts-key-routes-japans?utm_campaign=email-post&r=320l0n&utm_source=substack&utm_medium=email

Meldung vom 20. April 2026:

Neue Studie: auf Fuerteventura war es im Holozän feuchter und wärmer

Eine neue [Studie](#) von Fuerteventura zeigt, dass die Insel einst ganz anders aussah als heute.

Forscher analysierten Vogelknochen aus einer Höhle, die auf einen Zeitraum von vor etwa 9.000 bis 5.500 Jahren datiert wurden. Bei den gefundenen Arten handelt es sich nicht um Wüstenvögel. Sie sind mit Wäldern, Flüssen, Lagunen und dichter Vegetation verbunden.

Solche Lebensräume gibt es heute auf Fuerteventura nicht mehr.

Die Insel ist mittlerweile trocken, weitgehend karg und verzeichnet weniger als 150 mm Niederschlag pro Jahr. Die Fossilienfunde deuten jedoch darauf hin, dass es in der Vergangenheit stehendes Wasser, Ufervegetation und bewaldete Gebiete gab.

Die Studie stellt fest, dass das Klima einst „wesentlich feuchter war als heute“, und ordnet es in eine umfassendere Phase des frühen Holozäns ein, die als 3–7 °C wärmer als heute gilt.

Mehrere der identifizierten Arten leben heute nicht mehr auf der Insel. Einige kommen auf den Kanarischen Inseln überhaupt nicht mehr vor. Dabei handelt es sich um Vögel, die Baumbedeckung und zuverlässige Wasserstellen benötigen.

Die meisten Knochen stammen von Raubtieren, sodass sie Aufschluss darüber geben, was gejagt wurde, und keine vollständige Bestandsaufnahme des Ökosystems darstellen. Doch das Bild ist eindeutig: Wasserabhängige und mit dem Wald verbundene Arten waren in großer Zahl vertreten.

Vergangenheit: wärmer, feuchter, biologisch vielfältiger.

Gegenwart: kühler, trockener, karge Umwelt.

Diese physischen Beweise widersprechen 1) der Vorstellung, dass die heutigen Bedingungen eine Art optimale oder stabile Ausgangsbasis darstellen, deren Erhaltung große Opfer erfordert, und 2) der Annahme, dass CO₂ der entscheidende Klimafaktor ist, dessen Konzentration sich über das gesamte Holozän (~11.700 Jahre bis zum vorindustriellen Niveau) nur um ~10–20 ppm verändert hat.

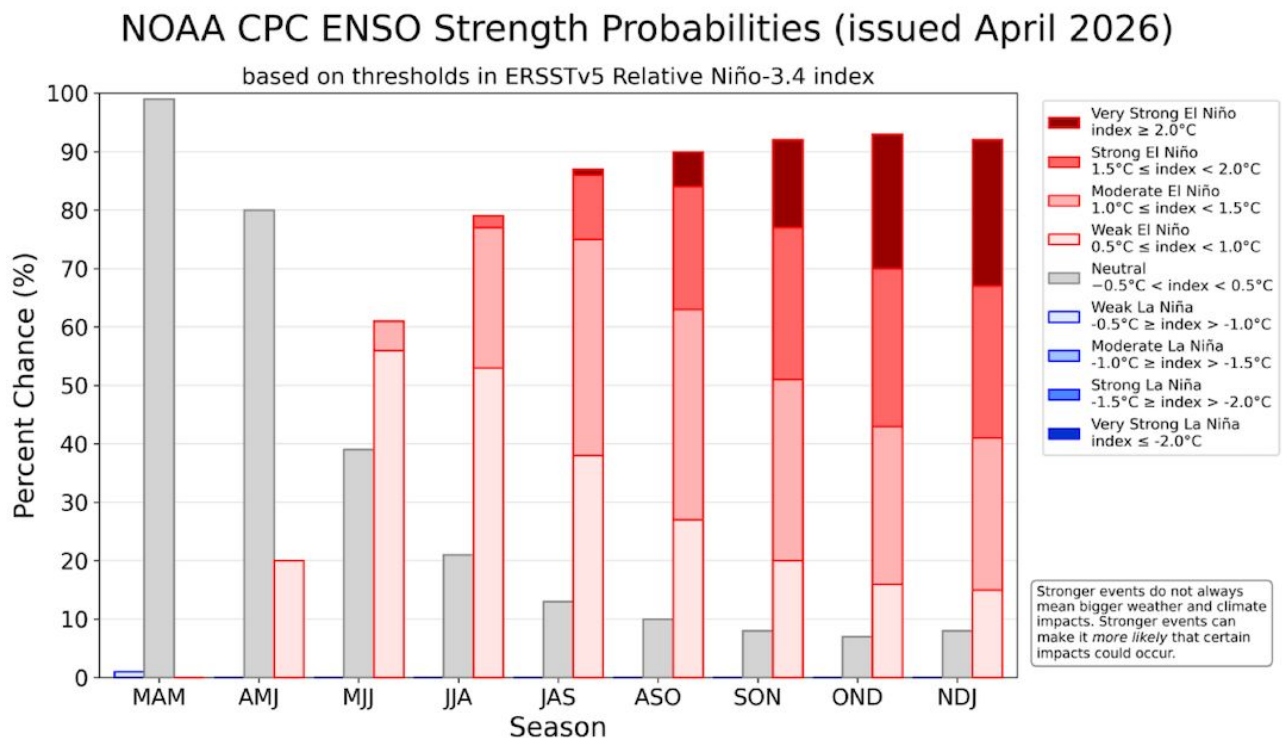
Link:

https://electroverse.substack.com/p/record-april-cold-australia-koreas?utm_campaign=email-post&r=320l0n&utm_source=substack&utm_medium=email

Meldungen vom 21. April 2026:

El Niño – kommt er, oder kommt er nicht? Würfeln...

Die Vorhersagemodelle messen derzeit einem sehr starken, starken, mäßigen oder schwachen bis neutralen El Niño in etwa die gleiche Wahrscheinlichkeit bei.



El Niño ist eines der am intensivsten beobachteten Systeme auf unserem Planeten. Der Wärmegehalt der Ozeane, die Temperaturen, die Passatwinde und die Reaktionen der Atmosphäre werden alle kontinuierlich gemessen.

Dennoch tun sich die Modelle schwer, die verschiedenen Szenarien voneinander abzugrenzen.

Wenn sie die Stärke des nächsten Zyklus' nicht vorhersagen können, zieht sich diese Einschränkung auch auf die Zukunft fort.

Javier Vinós betont: „Modellen kann man nicht trauen. Alles, was wir nicht wissen, ist nicht berücksichtigt, und vieles, was wir wissen, ist falsch berücksichtigt. Nur ein Narr würde einem Modell vertrauen, das nicht ordnungsgemäß validiert worden ist.“

Die Ergebnisse hier reflektieren dies. Gleichmäßige Wahrscheinlichkeiten über weite Teile des Spektrums. Man kann grob davon ausgehen, dass ein El Niño kommt, aber was seine Stärke angeht – da rät die NOAA nur.

Vielleicht kommt es auch gar nicht dazu! A. d. Übers.

Link:

<https://bap.navigator.web.de/mail?sid=fa3eba9af76e7313a25d8562b7c8a506939af7782d409313d4fdccb8447763cb73ff11f8a2450c288fe18a31925f766c>

Eine Meldung vom 22. April 2026:

Ozean-„Versauerung“ ist eine Frage des Blickwinkels

Uns wird gesagt, die Ozeane seien mittlerweile „um 30 % saurer“, doch der pH-Wert an der Oberfläche hat sich seit der vorindustriellen Zeit lediglich von etwa 8,2 auf etwa 8,1 verschoben und ist damit nach wie vor deutlich alkalisch (der neutrale Wert liegt bei 7,0).

Der Wert von 30 % ergibt sich aus dem Aufbau der pH-Skala. Da es sich um eine logarithmische Skala handelt, entspricht ein Rückgang um 0,1 einem prozentual größeren Anstieg der Wasserstoffionen-Konzentration. Das ist mathematisch korrekt, bedeutet aber nicht, dass der Ozean sich in Richtung Versauerung bewegt.

In absoluten Zahlen ist die Veränderung gering.

Zudem zeigen paläoklimatische Rekonstruktionen anhand von Bor-Isotopen in maritimen Karbonaten, dass der pH-Wert des Ozeans in der Vergangenheit in Zeiten mit höherem CO₂-Gehalt in der Atmosphäre niedriger war, während die marinen Ökosysteme florierten.

Die Ozeane enthalten etwa 1,3 Milliarden km³ Wasser mit einer durchschnittlichen Tiefe von etwa 3,8 km. Veränderungen an der Oberfläche mischen sich nur langsam in die Tiefsee ein, und die Karbonatchemie wird über lange Zeiträume hinweg gepuffert. Die biologischen Reaktionen sind nicht einheitlich. Einige Arten reagieren empfindlich auf Veränderungen der Karbonatchemie, andere vertragen ein breites Spektrum an Bedingungen, und manche zeigen unter kontrollierten Bedingungen bei erhöhtem CO₂-Gehalt eine verstärkte Kalzifizierung.

Die Daten beschreiben eine moderate Verschiebung innerhalb eines alkalischen Systems. Die Formulierung „30 % saurer“ reflektiert die Mathematik einer logarithmischen Skala, nicht einen Übergang zu sauren Bedingungen.

Darüber hinaus argumentieren einige Forscher, dass der pH-Wert eine intensive Eigenschaft ist, was bedeutet, dass er in einem derart komplexen, nicht im Gleichgewicht befindlichen System nicht gemittelt werden kann. Nach dieser Denkweise ist der viel zitierte „globale Ozean-pH-Wert“ daher eine konstruierte Kennzahl, die für allgemeine Zusammenfassungen nützlich ist, aber sonst wenig Aussagekraft hat.

Link:

<https://electroverse.substack.com/p/greenlands-rare-late-april-ice-gains>

Neue Studie: Die Temperaturextreme in den USA haben seit 1899 abgenommen ...

geschrieben von Chris Frey | 28. April 2026

... was die Annahmen über eine Zunahme von Hitzewellen in Frage stellt

[Anthony Watts](#)

Es gibt Studien, die die Erwartungen bestätigen, und dann gibt es Studien, die einen stillschweigend dazu zwingen, die Annahmen zu hinterfragen, die seit einem Jahrzehnt von allen wiederholt werden. Diese neue Studie von John Christy fällt eindeutig in die letztere Kategorie.

Die [Arbeit](#) mit dem Titel [übersetzt] „Rückgang der täglichen Hitze- und Kälteextreme in den kontinentalen Vereinigten Staaten, 1899–2025“ befasst sich mit einem Thema, das im öffentlichen Diskurs fast schon zum Ritual geworden ist: **Temperaturextreme**. Die Darstellung, der die meisten Menschen begegnen, ist einfach und wird selten hinterfragt: Hitzewellen nehmen rapide zu, Kälteeinbrüche verschwinden, und beide Trends stehen in engem Zusammenhang mit den Treibhausgasemissionen.

Was Christy hier getan hat, ist, einen Schritt zurückzutreten und eine grundlegendere Frage zu stellen: Was sagen die tatsächlichen Messdaten der Wetterstationen, die so weit wie möglich zurückreichen und ohne grobe Anpassungen untersucht wurden, über Extremwerte über den gesamten historischen Zeitraum aus?

Die Antwort entspricht nicht ganz dem, was die Schlagzeilen vermuten lassen.

Zunächst ein Wort zum Datensatz, denn darin liegt ein Großteil des Wertes dieser Arbeit. Christy befasst sich erneut mit dem U.S. Historical Climate Network ([USHCN](#)), das ursprünglich in den 1980er Jahren als hochwertiger Teilbestand an Stationen mit relativ stabilen Beobachtungsbedingungen zusammengestellt worden war. Wie meine beiden Studien zu Messstationen gezeigt haben, wurde dieses Netzwerk in den

letzten Jahrzehnten nicht besonders streng gepflegt, wobei seit 2000 fast die Hälfte der Stationen geschlossen wurde. Anstatt diese Verschlechterung hinzunehmen, rekonstruiert und erweitert die Studie die Datensätze, indem sie benachbarte Stationen mit hoher Korrelation und minimaler Verzerrung „verknüpft“, um Lücken zu füllen.

Das Ergebnis ist ein Datensatz mit 1.211 Stationen, der zu mindestens 92 % vollständig ist, den Zeitraum von 1899 bis 2025 abdeckt und mehr als 40 Millionen tägliche Beobachtungen umfasst. Wichtig ist, dass es sich hierbei um tatsächliche Beobachtungen handelt, nicht um homogenisierte Monatsprodukte. In der Studie heißt es: „Alle verwendeten Werte sind tatsächliche, beobachtete Temperaturen ... ohne räumliche oder zeitliche Interpolation oder andere Arten von Homogenisierungs-Verfahren, die auf die Stationsbeobachtungen angewendet worden sind.“

Das allein sollte die Aufmerksamkeit all jener wecken, welche die langwierigen Debatten über Anpassungen und den Umgang mit Daten verfolgt haben. Nun zu den zentralen Ergebnissen.

Das wichtigste Ergebnis ist fast schon verblüffend einfach: **Sowohl Hitze- als auch Kälteextreme haben über den gesamten Erfassungszeitraum hinweg abgenommen.**

[Hervorhebung im Original]

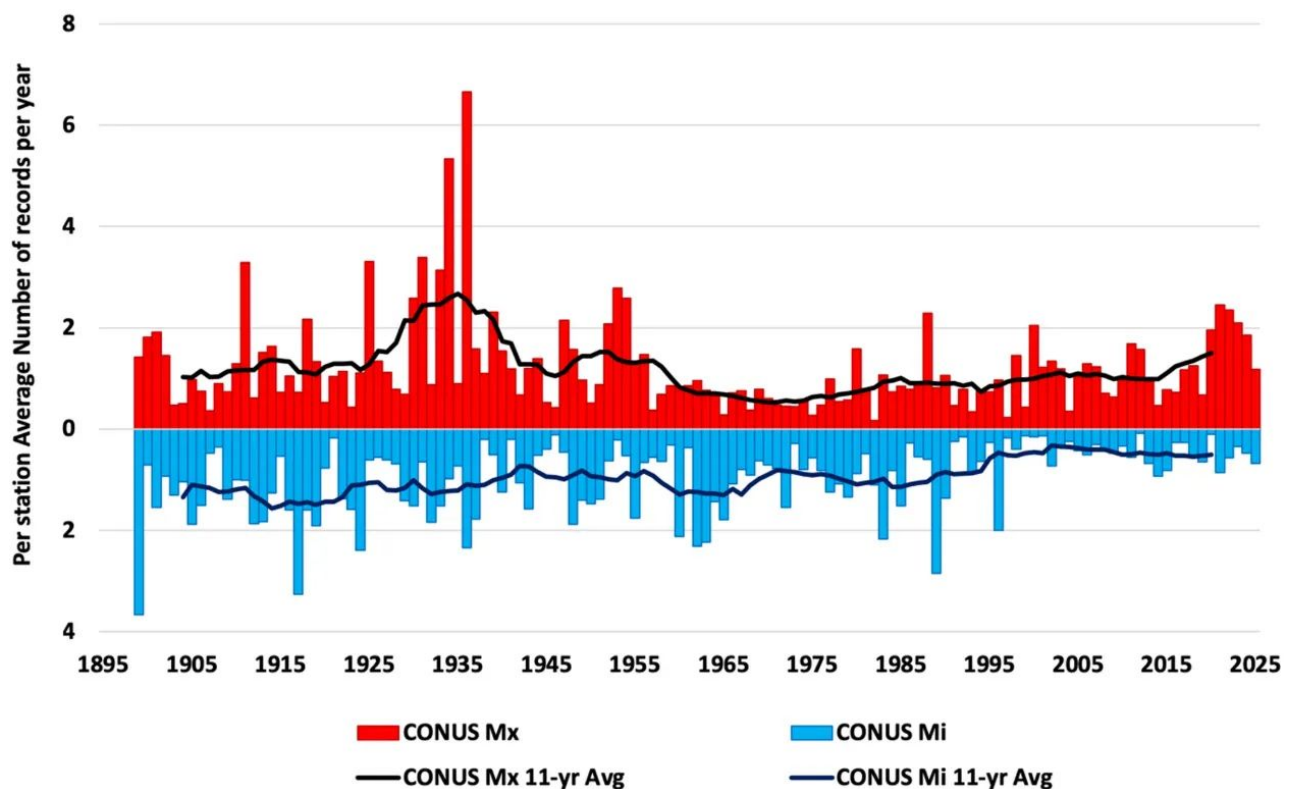
Die Zusammenfassung bringt es auf den Punkt: „Kennzahlen für extreme Sommerhitze ... zeigen seit 1899 einen leichten negativen Trend ... Auch Kennzahlen für extreme Kältetemperaturen deuten auf einen Rückgang hin ... Zusammenfassend lässt sich sagen, dass sowohl Hitze- als auch Kälteextreme seit 1899 zurückgegangen sind.“

Das ist kein Tippfehler und auch keine selektive Statistik. Die Studie untersucht verschiedene Definitionen von Extremereignissen, darunter Einzelrekorde, die Häufigkeit von Tagesrekorden, das Ausmaß von Abweichungen sowie mehrtägige Hitze- und Kältewellen. Über all diese Messgrößen hinweg zeichnet sich ein einheitliches Muster ab.

Beginnen wir mit der einfachsten Frage: Wann traten die extremsten Ereignisse auf?

Den Ergebnissen zufolge liegen die herausragenden Jahre in Bezug auf Hitze nicht in der jüngeren Vergangenheit. Das Jahr 1936 dominiert die Aufzeichnungen und macht etwa 22 % der Stationen aus, an denen der heißeste Tag aller Zeiten gemessen wurde. Die nächstprominentesten Jahre konzentrieren sich auf die erste Hälfte des 20. Jahrhunderts, wobei die Jahre 1934, 1930 und 1954 alle vor den meisten modernen Einträgen liegen.

Einschub des Übersetzers: Auf dem Bezahl-Blog von Cap Allon findet sich dazu diese Graphik, die hier merkwürdigerweise nicht dargestellt wird. Sie ist jedoch sehr aufschlussreich, weshalb sie hier eingefügt wird:



Durchschnittliche Anzahl der täglichen $T_{\max}$ - (rot) und $T_{\min}$ - Werte (blau), die in jedem Jahr erreicht worden waren. Die Linien stellen den auf 11 Jahre zentrierten Durchschnitt dar. [Quelle](#) (Zahlschranke)

Ende Einschub

Kälteextreme zeichnen ein ähnliches Bild in umgekehrter Richtung, wobei das Jahr 1899 aufgrund des bekannten arktischen Kälteeinbruchs besonders hervorsticht, der noch immer zahlreiche Rekorde hält,.

Dies allein sollte bereits Anlass geben, die Vorstellung zu hinterfragen, dass die heutigen Extreme beispiellos seien. Die Beobachtungsdaten deuten darauf hin, dass die extremsten Ereignisse, zumindest in den USA, kein modernes Phänomen sind.

Um auf eine robustere Messgröße zurückzugreifen, untersucht die Studie die Häufigkeit täglicher Höchst- und Tiefstwerte. Auch hier dominieren die 1930er Jahre in Bezug auf Hitze, wobei 1936 durchschnittlich 6,7 tägliche Höchstwerte pro Messstation verzeichnete, was weit über der erwarteten Zufallsrate liegt. Was nach diesem Höhepunkt geschieht, ist interessanter als der Höhepunkt selbst. Von den 1950er bis zu den 1970er Jahren ist ein starker Rückgang der Rekordhöchstwerte zu verzeichnen, gefolgt von einer teilweisen Erholung in den letzten Jahrzehnten. Doch selbst diese Erholung erreicht nicht das Niveau der früheren Periode.

In der Studie heißt es:

„Der jüngste 15-Jahres-Zeitraum ... lag leicht über dem erwarteten Wert ...

jedoch deutlich unter dem Höchstwert von 35,1 aus den Jahren 1925–1939.“

Mit anderen Worten: Es gibt zwar jüngste Anstiege, diese sind jedoch im historischen Vergleich moderat.

Die Kälterekorde zeigen ein anderes Muster, mit einem deutlichen Rückgang seit den 1990er Jahren. Dieser Teil deckt sich stärker mit den Erwartungen einer Klimaerwärmung, obwohl die Studie vorsichtig darauf hinweist, dass nicht-klimatische Einflüsse wie die Urbanisierung eine Rolle spielen könnten.

Eines der aussagekräftigsten Ergebnisse ergibt sich aus der Untersuchung des Ausmaßes von Extremereignissen. Vergleicht man die heißesten und kältesten Tage jedes Jahres, so hat sich der Unterschied zwischen ihnen im Laufe des letzten Jahrhunderts um etwa 3,3°C verringert.

Das ist eine Verringerung der Schwankungsbreite, keine Verstärkung. Das System scheint sich, zumindest gemessen an diesen Kennzahlen, eher zu mäßigen anstatt extremer zu werden.

Hitze- und Kältewellen bieten eine weitere Perspektive. Die Studie definiert diese als Zeiträume von mindestens sechs aufeinanderfolgenden Tagen, an denen die Temperaturen über dem 90. Perzentil oder unter dem 10. Perzentil liegen. Im Laufe der Zeit ist die Gesamtzahl solcher Extremtage seit Beginn des 20. Jahrhunderts um etwa 30 % zurückgegangen.

Die Hochphase für Hitzewellen lag zwischen 1930 und 1944. Das Minimum wurde in den 1960er und 1970er Jahren erreicht. In den letzten Jahrzehnten ist ein gewisser Anstieg zu verzeichnen, insbesondere im Westen der USA, jedoch wiederum nicht bis zu historischen Höchstwerten.

Bei den Kältewellen ist die Sache einfacher: ein stetiger Rückgang in den meisten Regionen. Insgesamt deuten diese Ergebnisse auf einen langfristigen Rückgang extremer Temperaturereignisse in den USA hin, wobei es regionale Unterschiede und in einigen Gebieten in jüngster Zeit gewisse Anstiege gibt.

Bevor nun jemand voreilige Schlüsse zieht: Die Studie widmet sich ausführlich auch den Vorbehalten, und hier wird die Sache differenzierter.

Nicht-klimatische Einflüsse sind ein wiederkehrendes Thema. Standortwechsel von Messstationen, Änderungen bei der Instrumentierung und insbesondere Fragen der Urbanisierung und Standortwahl können zu Verzerrungen führen. Die Fallstudie aus Fresno ist besonders anschaulich. Dort stiegen die Tiefsttemperaturen im Vergleich zu nahegelegenen ländlichen Stationen um über 2,8°C, was größtenteils auf die lokale Bebauung zurückzuführen ist.

Das ist von Bedeutung, da viele Extremwert-Kennzahlen auf Tiefsttemperaturen basieren, insbesondere bei Kälteereignissen. Wenn die

Nachttemperaturen durch die Urbanisierung künstlich erhöht werden, scheinen Kälteextreme abzunehmen, selbst wenn sich die allgemeinen atmosphärischen Bedingungen nicht wesentlich verändert haben.

Christy räumt dies ausdrücklich ein und weist darauf hin, dass die Auswirkungen der Urbanisierung „gut dokumentiert“ sind und sich überproportional auf die Tiefsttemperaturen auswirken.

Gleichzeitig reagieren die für Hitzeextreme ausschlaggebenden Höchsttemperaturen weniger empfindlich auf diese lokalen Einflüsse. Dadurch lässt sich das Fehlen eines deutlichen Aufwärtstrends bei Hitzeextremen nur schwer auf Messartefakte zurückführen.

Ein weiterer erwähnenswerter Punkt ist die Rolle der natürlichen Variabilität. In der Studie wird wiederholt das Ausmaß der Extremereignisse zu Beginn des 20. Jahrhunderts hervorgehoben, insbesondere die Hitzewellen der 1930er Jahre. Diese Ereignisse setzen hohe Maßstäbe für Vergleiche und erschweren Versuche, die jüngsten Veränderungen bestimmten Einflussfaktoren zuzuschreiben.

Der Autor formuliert es so: „Das Ausmaß der lokalen und regionalen kurzfristigen natürlichen Variabilität ... ist größer als das Ausmaß der Erwärmung durch Treibhausgase“ in diesen Messgrößen.

Das ist eine Aussage über das Signal-Rausch-Verhältnis. Selbst wenn Treibhausgase zur Erwärmung beitragen, ist ihr Einfluss auf Extremereignisse in den USA im Vergleich zur inhärenten Variabilität des Systems möglicherweise gering.

Die Studie unternimmt zudem den ungewöhnlichen Schritt, ihre Ergebnisse direkt mit den Aussagen des Fünften Nationalen Klimaberichts (NCA5) zu vergleichen. An dieser Stelle wird es für die gängige Darstellung etwas unangenehm. Der NCA5 behauptet, dass der Klimawandel die Häufigkeit und Schwere von Hitzewellen zunimmt. Christy verfolgt diese Behauptung durch den Bericht und stellt fest, dass sie, bei genauerer Betrachtung, nur für bestimmte Regionen und Zeiträume gilt, insbesondere seit 1960.

Bei einer Auswertung anhand des Datensatzes ist der Trend bei den Hitzewellentagen seit 1960 für das gesamte CONUS-Gebiet zwar positiv, aber gering – in der Größenordnung von 3 % – und statistisch nicht signifikant. Regional konzentriert sich die Zunahme auf den Südwesten, während andere Gebiete kaum Veränderungen oder sogar Rückgänge aufweisen.

Das bedeutet nicht, dass der NCA5 völlig falsch ist, aber es deutet darauf hin, dass pauschale, verallgemeinernde Aussagen eine komplexere Realität verschleiern können.

Ein besonders interessantes Beispiel betrifft die Verwendung von Schwellenwert-Kennzahlen, wie beispielsweise die Anzahl der Tage mit Temperaturen über 35 °C. Diese neigen dazu, Regionen hervorzuheben, in

denen solche Temperaturen häufig vorkommen, wodurch das Gesamtbild verzerrt wird. Werden stattdessen auf Perzentilen basierende Kennzahlen verwendet, werden die räumlichen Muster kohärenter und weniger von einigen wenigen heißen Regionen dominiert.

Dies macht deutlich, dass die Art und Weise, wie man ein „Extrem“ definiert, die Schlussfolgerungen, die man zieht, erheblich beeinflussen kann.

Was bedeutet das nun für uns? Die wichtigste Erkenntnis aus dieser Studie ist nicht, dass sich nichts ändert, **sondern dass die Entwicklung der Temperaturextreme in den USA komplexer ist, als oft dargestellt wird.**

[Hervorhebung im Original]

Betrachtet man den gesamten 127-jährigen Datensatz, so sind Rückgänge bei Kälteextremen, einige regionale Zunahmen bei Hitzeextremen sowie eine allgemeine Abnahme der Häufigkeit und Stärke der extremsten Ereignisse zu verzeichnen.

Zudem bestehen erhebliche Unsicherheiten hinsichtlich der Messverfahren, der Standortbedingungen und der Vollständigkeit der Daten, die alle die Ergebnisse beeinflussen können. Und vielleicht am wichtigsten ist der anhaltende Einfluss natürlicher Schwankungen, die zu Schwankungen bei den Extremen führen können, die denen der langfristigen Trends in nichts nachstehen oder diese sogar übertreffen.

Für alle, die sich für die Schnittstelle zwischen Klimawissenschaft und Politik interessieren, ist dies von Bedeutung. Entscheidungen werden oft mit Behauptungen über zunehmende Extreme begründet, doch diese Behauptungen werden selten im Kontext der gesamten Beobachtungsdaten untersucht.

Christys Arbeit bringt die Debatte nicht zum Abschluss, liefert jedoch eine detaillierte, datengestützte Perspektive, die sich nur schwer abtun lässt. Sie wirft Fragen zur Ursachenzuordnung auf, zur Rolle lokaler gegenüber globalen Einflüssen und zur Zuverlässigkeit häufig zitierter Messgrößen.

Kurz gesagt: Es ist die Art von Arbeit, die eher zu genauerer Betrachtung als zu voreiligen Schlussfolgerungen einlädt.

Link:

<https://wattsupwiththat.com/2026/04/21/new-paper-finds-u-s-temperature-extremes-have-declined-since-1899-challenging-assumptions-about-increasing-heatwaves/>

Übersetzt von Christian Freuer für das EIKE